

Die Krux

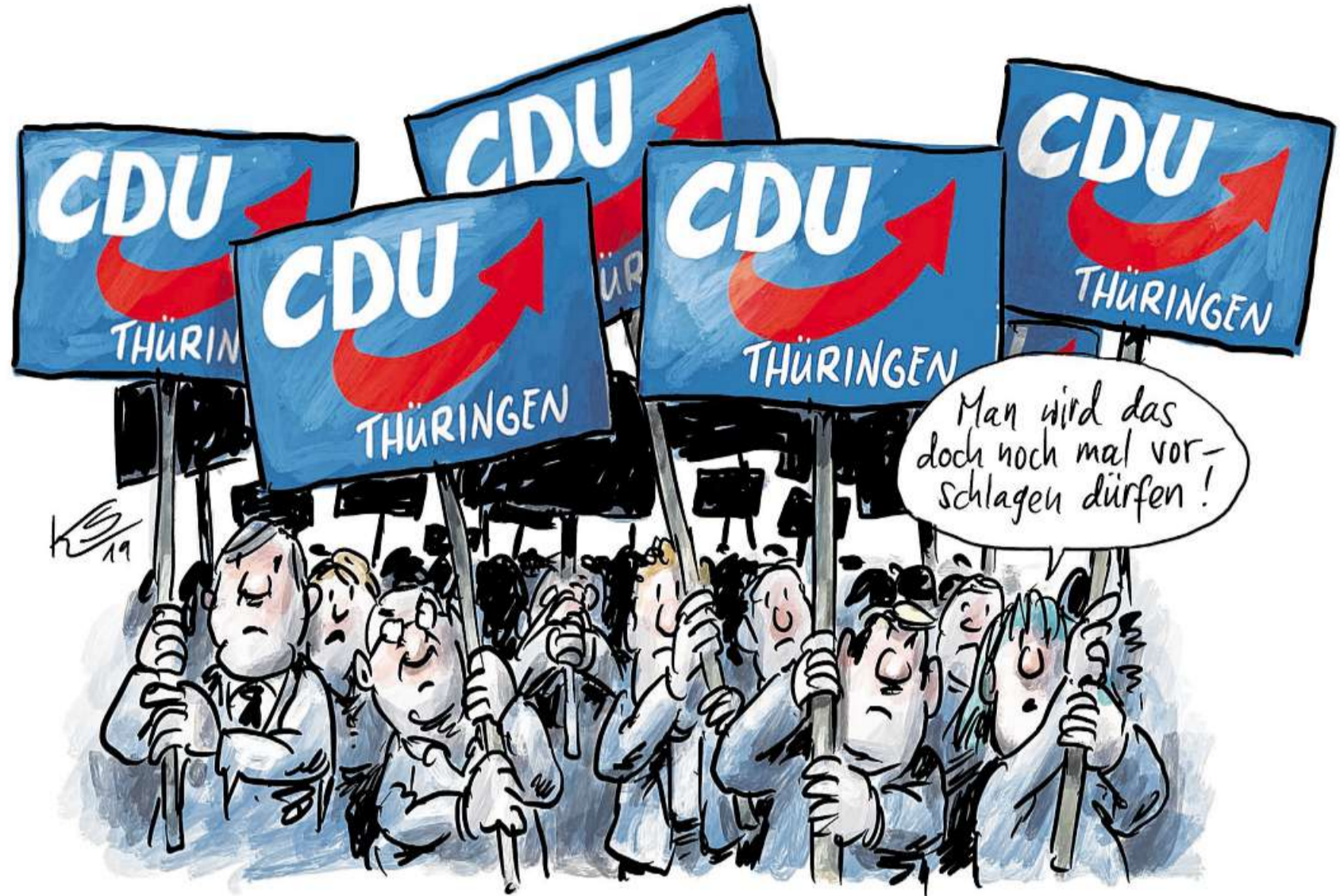


Lisa Boekhoff
über Bremer Gründer

Die Balken in der Grafik sind hauchdünn – für Deutschland und Bremen. Und das zeigt auf den ersten Blick: Investoren und „Business Angel“ spielen bei der Gründung von Unternehmen eine unbedeutende Nebenrolle. Öfter springt noch die Familie in die Bresche, wie die Umfrage der Commerzbank zeigt. Meistens starten die Gründer sogar nur mit Eigenkapital in die Selbstständigkeit. Das ist anfangs vernünftig, um sich auszuprobieren. Doch später?

Die Zahlen belegen, woran es am Gründungsstandort hierzulande noch hapert: Die Geldgeber aus der Wirtschaft fehlen. Das scheint eine Krux zu sein in Zeiten des günstigen Geldes. Sicher muss nicht für jeden Handwerksbetrieb oder jedes Café millionenschweres Risikokapital fließen. Doch Start-ups bremsen es aus, wenn sie wegen der Finanzierung nicht groß gedacht werden können. Diese wertvollen Gründungen brauchen Antriebskraft, um schnell zu wachsen, um buten – also international – erfolgreich zu sein.

Bremen hat Start-up-Schwergewichte nötig. Die Wirtschaft am Standort sollte sich fragen, welchen Beitrag sie dafür leisten kann. Starke Gründer sind für Bremens Zukunft unverzichtbar. Bericht Seite 15
lisa.boekhoff@weser-kurier.de



Ignorant



Norbert Holst
über Trumps Klima-Ausstieg

Dienstag war ein schlechter Tag für das Klima: Donald Trump hat seine Ankündigung von 2017 wahr gemacht, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen. Gleichzeitig schlägt eine Studie von Autoren des Weltklimarats IPCC Alarm: Fast drei Viertel der Länder-Zusagen für das Abkommen sind nicht ehrgeizig genug, um den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren.

Umso schlimmer ist es, dass sich gerade die Weltmacht USA aus der Verantwortung stiehlt, Trump gegen den Rest der Welt. Immerhin haben 187 von 195 Unterzeichnerstaaten den Vertrag ratifiziert. Das ignorante Verhalten des US-Präsidenten ist ärgerlich, wird aber den Klimaschutz in den USA nicht kleinkriegen. Längst haben sich Großstädte, Bundesstaaten, Konzerne und große Verbände in Allianzen wie „America's Pledge“ („Amerikas Versprechen“) oder „We are still in“ („Wir sind noch drin“), nämlich im Pariser Klimaabkommen) zusammengeschlossen. Es gibt noch eine ermutigende Nachricht: Wirksam wird der Austritt erst in einem Jahr, einen Tag nach der Präsidentschaftswahl. Vielleicht ist Trump dann bereits abgewählt. Das wäre ein guter Tag für das Klima. Bericht Seite 5
norbert.holst@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik
Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Sport: Mathias Sonnenberg - DIE NORDDEUTSCHE: Michael Brandt - OSTERHOLZER KREISBLATT: Antje Borstelmann
WÜRMIE-ZEITUNG: André Fesser - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke* - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDschau: Sebastian Kelm* - DELMENHORSTER KURIER: Andreas D. Becker* - Büro Berlin: Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel: Detlef Drewes - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Washington: Thomas Spang
*PresseDienst Nord GmbH

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 38,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 10 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 10 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Warum eine Kampagne ein ganzes Land bewegt



Gabriele Lesser
über Polens Rechtsklerikale

Es braucht viel Mut, sich in Polen mit einer Regenbogenfahne zu zeigen. Schon durch Schals, Umhängetaschen und selbst bunt gestreifte Söckchen fühlen sich die Tugendwächter „provokiert“. Sie wissen Polens katholische Kirche und die nationalkonservative Regierung in Warschau hinter sich. Und dann schlagen diese selbst ernannten Patrioten schon mal zu oder brüllen den angebliebenen Päderasten ins Gesicht, wie entmoralisiert und „entartet“ sie doch seien. Als vorletzte Woche an Polens Schulen zum vierten Mal in Folge der Regenbogen-Freitag stattfand, eine Toleranzaktion für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle, trauten sich viele Schulleiter nicht mehr, sich offiziell dazu zu bekennen. Denn sollte ein Gesetz in Kraft treten, das bereits die erste Lesung im Parlament hinter sich hat, drohen demnächst bis zu fünf Jahre Haft für fast jede Form der Sexualaufklärung in Polen.

„Stop Pedofili“ heißt das Bündnis rechtsklerikaler Abtreibungsgegner, die das Anti-Aufklärungsgesetz bereits im März dieses Jahres mit den notwendigen 100 000 Unterschriften ins Parlament einbrachten. Sie wollen Artikel 200b des polnischen Strafgesetzbuches verschärfen. Bislang wird dort all jenen eine Geld- oder Haftstrafe von bis zu zwei Jahren angedroht, die sich der „öffentlichen Werbung oder Zustimmung zur Pädophilie“ schuldig machen. Über die Kampagne wird in Polen hitzig debattiert.

Künftig sollen auch Lehrer, Gynäkologen, Ärzte, Psychologen, Priester, Journalisten und Sexualerzieher hinter Gitter kommen, wenn sie „Geschlechtsverkehr von Minderjährigen öffentlich propagieren oder gutheißen“. „Minderjährig“ sind für die „Stop Pedofili“-Anhänger grundsätzlich alle unter 18-Jährigen.

Dabei finden auch in Polen erste sexuelle Handlungen oft schon im Alter von 13 Jahren statt. Ab 15 Jahren dürfen Jugendliche ihre Liebe sexuell völlig legal ausleben. Daran wollen die Rechtsklerikale auch nichts ändern, nur sollen die 15- bis 17-Jährigen dann mit fast niemandem mehr darüber reden dürfen. Natürlich können sie weiterhin, wie dies viele

Es droht eine Gleichsetzung von Sexualaufklärern mit Pädophilen.

auch heute schon tun, Informationen im Internet suchen. Dazu steht kein Wort im Gesetzesprojekt. Doch Sexualkunde in der Schule, in der die Jugendlichen verlässliche Informationen über Verhütungsmethoden, sexuell übertragbare Krankheiten oder über die Pubertät bekommen, soll es in Zukunft nicht mehr geben.

Statt das Lebensferne und jugendfeindliche Projekt nach kurzer Beratung zu kippen, debattierten die regierenden Nationalpopulisten von Recht und Gerechtigkeit (PiS) stundenlang darüber. Die Kritik der Opposition fand kein Gehör. Am Ende der Debatte verwies die PiS den Gesetzentwurf an den zuständigen Parlamentsausschuss.

Ob er dort in den nächsten Monaten auf Nimmerwiedersehen verschwindet oder ob es bald doch wieder in veränderter Form im Plenum debattiert wird,

hängt auch von den Protesten der Zivilgesellschaft ab. So hatten es empörte Polinnen vor wenigen Jahren geschafft, mit ihren landesweiten „schwarzen Protesten“ ein drohendes totales Abtreibungsverbot zu kippen. Auch dieses Projekt war vom Bündnis rechtsklerikaler Pro-Life-Organisationen ins Parlament eingebracht worden. Die anfängliche Zustimmung der PiS bröckelte damals angesichts der massiven Frauenproteste. Das totale Abtreibungsverbot landete schließlich in der Tonne.

„Hände weg von unseren Kindern“, skandierten aufgebracht Eltern am Tag der Anti-Aufklärungsdebatte vor dem Sejm, dem polnischen Abgeordnetenhaus. Auch in zahlreichen anderen Städten gingen Jugendliche mit ihren Eltern auf die Straße. „Schande!“, riefen sie den pseudokatholischen Moralaposteln von „Stop Pedofili“ zu.

Auch das Oberste Gericht Polens intervenierte bereits und kritisierte das geplante Gesetz als unvereinbar mit dem Bildungsauftrag des Staates: „Die Sexualkunde wurde mit Gesetz von 1993 eingeführt.“ An den Schulen solle auch über Verhütungsmethoden informiert werden. „Der Gesetzgeber kann nicht mit einem Gesetz einen Unterricht fordern, den er mit einem anderen Gesetz kriminalisiert“, heißt es in der Stellungnahme der Obersten Richter Polens.

Sollten die polnischen Parlamentarier diesem Votum des Obersten Gerichts nicht folgen, droht Polen demnächst nicht nur die „Stop Pedofili“-Gleichsetzung von Sexualaufklärern mit Pädophilen, sondern auch eine neue Zensur: das Verbot, mit Kindern und Jugendlichen über menschliche Sexualität zu reden – und sie vor den Gefahren des sexuellen Missbrauchs zu warnen.

gabriele.lessner@weser-kurier.de

Klaus Stuttmann

Handelsblatt (Düsseldorf)

über die Ergebnisse des Autogipfels: „Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Autobosse tun einiges dafür, der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Sie versprechen Milliarden an Subventionen und einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur. Dabei gäbe es auch Alternativen. Es ist doch kein Zufall, dass am Tag nach dem Autogipfel sowohl der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier als auch seine Kollegin im Bildungsressort, Anja Karliczek, die Wasserstofftechnologie politisch vorantreiben wollen. Die Brennstoffzelle ist also noch lange nicht aus dem Rennen geschlagen. Und der Diesel wird weiter an der Zapfsäule vom Staat subventioniert. Kein Wunder, dass selbst die Autoindustrie uneins über den richtigen Weg ist.“

Wiesbadener Kurier

über dasselbe Thema: „In China ist die Nachfrage nach E-Autos gerade eingebrochen, nachdem Subventionen weggefallen sind. Warum soll dann hierzulande plötzlich ein Massenmarkt entstehen? Dabei wird gar nicht in Abrede gestellt, dass es trotz vieler Schwächen als City-, Zweit- oder Pendlerfahrzeug derzeit kaum etwas Besseres gibt als den Stromer. Freilich sollte man sich nachhaltiger individueller Mobilität technologieoffen nähern, Wasserstoff und E-Fuels mehr fördern. Das erfordert auch genügend Ökostrom aus der unvollendeten Energiewende. Den übrigens reine Batterieautos ebenso benötigen.“

KORREKTUR

Im Zuge der Übernahme des Hotelkonzerns Deutsche Hospitality durch die chinesische Huazhu Group wechselt das Bremer Intercity-Hotel – anders als am Dienstag berichtet – nicht den Besitzer.

Der am Dienstag angekündigte Vortrag von Rudolf Hickel über die CO₂-Bepreisung in der Arbeitnehmerkammer findet an diesem Mittwoch (18 Uhr) statt. Wir bitten, beide Fehler zu entschuldigen.

Eine Chance für Arbeitsförderung und Existenzsicherung

Peter Bartelheimer
über Hartz-IV-Sanktionen

Es steht seit bald 15 Jahren in jeder „Eingliederungsvereinbarung“, die Leistungsberechtigte mit dem Jobcenter schließen müssen: Bei Verstößen gegen dort festgelegte Pflichten kann „Hartz IV“ teilweise oder ganz wegfallen. Am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass dies in das Grundrecht auf Gewährleistung des Existenzminimums eingreift und daher teilweise verfassungswidrig ist. Zwar können die Jobcenter zum Beispiel Arbeit außerhalb des erlernten Berufs und entgegen persönlicher Berufswünsche verlangen, doch sie haben zugleich einen sozialpolitischen Schutzauftrag: Mittellosig-

keit von Amts wegen darf es nicht geben. Sanktionen dürfen daher höchstens 30 Prozent der zustehenden Leistungen ausmachen, und sie dürfen nicht für einen starren Zeitraum verhängt werden. Die Leitsätze des Ersten Senats lassen sich auch auf den besonders umstrittenen vollständigen Leistungsentzug bei jungen Erwachsenen übertragen. Und sie besagen: Wer zwischen der fälligen Miete und dem leeren Kühlschrank wählen muss, kann nicht eigenverantwortlich handeln. Auch das Arbeitslosengeld II ist eine Suchhilfe, also eine Grundlage für Jobsuche und Erwerbstätigkeit. Zwar hat das Gericht ein pädagogisches Aufgabenverständnis der Arbeitsverwaltung („Fordern und Fördern“) nicht prinzipiell für verfassungswidrig erklärt. Doch Fachkräfte müssen nun im Einzelfall prüfen, ob die Kürzung eine unverhältnismäßige Härte bedeu-

ten würde und diese aufheben, wenn die Betroffenen ihre Mitwirkungsbereitschaft „ernsthaft und nachhaltig“ erklären. Damit Fachkräfte ihr Ermessen rechtssicher ausüben können, werden die Jobcenter diese Vorgaben in Weisungen übersetzen. Und Bundestag und Bundesrat müssen eine der Kernregelungen des SGB II neu fassen. Wer mangelnde Arbeitsbereitschaft für ein Problem hält, kann die Sanktionsparagrafen flexibler gestalten. Aber das Verfassungsgericht hat den Trägern der Jobcenter und der Gesetzgebung auch mitgegeben: Für die Annahme, die Kürzung existenzsichernder Leistungen befördere die Arbeitsaufnahme, bedürfte es tragfähiger Belege. Dass hierzu keine Erkenntnisse der Wirkungsforschung vorliegen, kam in Karlsruhe nicht gut an. Das Urteil bietet die Chance, noch einmal neu darüber nachzudenken, wie die Jobcen-

ter ihren beiden Aufträge, Arbeitsförderung und Existenzsicherung, gleichermaßen gerecht werden können. Je besser die Dienstleistung, desto geringer sind die Mitwirkungsprobleme: Bei guter beruflicher Beratung und kompetenter Arbeitsvermittlung, die Türen bei Arbeitgeber*innen öffnet, regeln sie sich fast von selbst.



FOTO: ANDRE ZELCK

Unser Gastautor
ist Research Fellow am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.